

SVMMARVM

UNABHÄNGIGES MAGAZIN SONDERAUSGABE

HERAUSGEBER ROLAND KELLER



MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS
UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN



WIND IN UNSEREN SEGELN

PRÄSIDENT JEAN-CLAUDE JUNCKER

Rede zur Lage der Union 2017

Original Wortlaut



Rede zur Lage der Union 2017
von Jean-Claude Juncker

**Europäische Kommission - Rede
PRÄSIDENT JEAN-CLAUDE JUNCKER Rede
zur Lage der Union 2017***

Brüssel, 13. September 2017

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
als ich vor einem Jahr vor Ihnen stand, war es in gewisser Weise einfacher, eine Rede zu halten.

Jeder konnte sehen, dass unsere Union in keinem guten Zustand war.

Europa war angeschlagen und gebeutelt von einem Jahr, das uns in unseren Grundfesten erschüttert hatte.

Wir hatten nur zwei Möglichkeiten:
Wir konnten uns entweder gemeinsam hinter einer positiven europäischen Agenda versammeln, oder uns – jeder für sich – in seine Ecke verkriechen.

Vor diese Wahl gestellt, habe ich für Einigkeit plädiert.

Ich habe eine positive Agenda vorgeschlagen, welche dazu beitragen soll, ein Europa zu schaffen, das schützt, ein Europa, das stärkt, und ein Europa, das verteidigt, so wie ich es letztes Jahr genannt habe.

In den vergangenen zwölf Monaten hat das Europäische Parlament dazu beigetragen, diese Agenda mit Leben zu erfüllen. Wir machen weiterhin Fortschritte. Mit jedem Tag kommen wir einen weiteren Schritt voran. Letzte Nacht erst haben Sie daran gearbeitet, eine Einigung über handelspolitische Schutzinstrumente und die Verdopplung unserer europäischen Investitionskapazität zu erzielen. Und es ist Ihnen gelungen. Vielen Dank dafür.

Mein Dank gilt auch den 27 Staats- und Regierungschefs unserer Mitgliedstaaten. Nur wenige Tage nach meiner Rede vom vergangenen Jahr haben sie meine Agenda bei ihrem Gipfel in Bratislava begrüßt. Damit haben sie sich für Einigkeit entschieden. Sie haben sich dafür entschieden, sich auf das zu besinnen, was

uns eint.

Mit vereinten Kräften haben wir bewiesen, dass Europa seinen Bürgern Ergebnisse liefern kann, wenn und wo es darauf ankommt.

Seither haben wir langsam aber sicher an Schwung gewonnen.

Es hat sicherlich geholfen, dass sich der Wirtschaftsausblick zu unseren Gunsten gewendet hat.

Wir befinden uns nun im fünften Jahr eines Wirtschaftsaufschwungs, der wirklich in jedem Mitgliedstaat ankommt.

Das Wachstum der Europäischen Union hat das der Vereinigten Staaten in den vergangenen zwei Jahren übertroffen. Es liegt nun – für die Union als Ganzes – bei über 2 Prozent und für das Währungsgebiet bei 2,2 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit neun Jahren nicht mehr. Seit diese Kommission im Amt ist, sind fast 8 Millionen Arbeitsplätze entstanden. Mit 235 Millionen Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, sind in der Europäischen Union mehr Menschen in Beschäftigung als jemals zuvor.

Dieser Erfolg ist nicht nur die Leistung der Europäischen Kommission. Doch ich bin sicher: Wären 8 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen, hätte man uns die Schuld dafür in die Schuhe geschoben.

Aber die europäischen Institutionen haben ihren Teil dazu beigetragen, dass sich der Wind gedreht hat.

Die Europäische Investitionsoffensive, die bis jetzt Investitionen im Wert von 225 Milliarden Euro freigesetzt hat, ist unsere Leistung. Damit wurden Darlehen an 450 000 kleine und mittelständische Unternehmen vergeben und an mehr als 270 Infrastruktur-Projekte.

Es ist unser Verdienst, dass die europäischen Banken – dank entschlossener Maßnahmen – nun wieder über die nötige Kapitalstärke verfügen, um Kredite an Unternehmen zu vergeben, sodass diese wachsen und Arbeitsplätze schaffen können.

Es ist unser Verdienst, dass wir die öffentlichen Defizite von 6,6 auf 1,6 Prozent gesenkt haben. Wir haben das erreicht, weil wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt intelligent angewandt haben. Wir haben fiskalische Disziplin angemahnt, aber gleichzeitig auch darauf geachtet, das Wachstum nicht zu gefährden. Und das hat überall in der Union sehr gut funk-

tioniert – entgegen mancher Kritik.

Zehn Jahre nach Ausbruch der Krise lebt die europäische Wirtschaft endlich wieder auf. Und damit auch unsere Zuversicht und unser Vertrauen.

Die 27 Staats- und Regierungschefs, das Parlament und die Kommission machen unsere Union wieder europäisch. Und zusammen machen wir aus unserer Union wieder eine Union. Im vergangenen Jahr haben wir gesehen, wie alle 27 Staats- und Regierungschefs den Kapitilhügel in Rom beschritten, um – einer nach dem anderen – ihr Gelöbnis zu unserer Union zu erneuern.

All das führt mich zu der Überzeugung: Europa hat wieder Wind in den Segeln.

Uns öffnet sich jetzt ein Fenster der Möglichkeit. Aber es wird nicht ewig offenbleiben. Lassen Sie uns das Meiste aus diesem Schwung herausholen, lassen Sie uns den Wind in unseren Segeln nutzen.

Dafür müssen wir zwei Dinge tun:

Erstens sollten wir auf dem Kurs bleiben, den wir im vergangenen Jahr abgesteckt haben. Wir haben noch 16 Monate, in denen Parlament, Rat und Kommission echte Fortschritte erzielen können. Diese Zeit müssen wir nutzen, um das zu vollenden, womit wir in Bratislava begonnen haben und unsere eigene positive Agenda verwirklichen.

Zweitens sollten wir den Kurs für die Zukunft abstecken. Wie Mark Twain schrieb, und ich zitiere hier: Jahre später werden wir mehr enttäuscht sein von den Dingen, die wir nicht getan haben, als von den Dingen, die wir getan haben. Jetzt ist der Moment, um ein enger vereintes, ein stärkeres und ein demokratischeres Europa für das Jahr 2025 aufzubauen.

KURS HALTEN

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, während wir den Blick in die Zukunft richten, dürfen wir nicht vom Kurs abkommen.

Wir sind dabei, eine Energieunion, eine Sicherheitsunion, eine Kapitalmarktunion, eine Bankenunion und einen Digitalen Binnenmarkt zu vollenden. Zusammen sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen.

Wie das Parlament jüngst attestierte, hat die Kommission bereits 80 Prozent der Vorschläge

vorgelegt, die wir zu Beginn des Mandats versprochen haben. Jetzt müssen wir zusammenarbeiten, damit aus Vorschlägen Gesetze und aus Gesetzen Taten werden.

Wie immer wird das auch ein gewisses Maß an Geben und Nehmen bedeuten. Die Vorschläge der Kommission, um das Gemeinsame Asylsystems zu reformieren und die Regeln für die Entsendung von Arbeitnehmern zu stärken, haben Kontroversen ausgelöst – das ist mir klar. Wenn wir ein gutes Ergebnis erzielen wollen, müssen alle Seiten ihren Teil dazu beitragen, sodass sie sich aufeinander zubewegen können. Ich möchte heute nochmal festhalten: Solange das Ergebnis am Ende für unsere Union stimmt und allen ihren Mitgliedstaaten gegenüber fair ist, ist die Kommission offen für Kompromisse.

Wir sind nun soweit, die restlichen 20 Prozent der Initiativen bis Mai 2018 auf den Tisch zu legen.

Heute Morgen habe ich eine Absichtserklärung an den Präsidenten des Europäischen Parlaments und an den Premierminister Estlands – deren engagierte Arbeit für Europa ausdrücklich würdigen möchte – gerichtet, in der ich die Prioritäten für das kommende Jahr darlege. Ich will und kann an dieser Stelle nicht alle diese Vorschläge aufzählen, doch lassen Sie mich fünf nennen, die ich für besonders wichtig halte.

Erstens möchte ich, dass wir unsere europäische Handelsagenda stärken.

Ja, Europa setzt auf offenen Handel, aber das muss auf Gegenseitigkeit beruhen. Das was wir geben, sollten wir auch zurückerhalten. Handel ist nichts Abstraktes. Handel schafft Arbeitsplätze. Handel schafft neue Chancen für kleine und große europäische Unternehmen. Jede zusätzliche Milliarde Euro, die im Export erwirtschaftet wird, sichert 14 000 zusätzliche Arbeitsplätze in Europa.

Handel hilft uns dabei, unsere europäischen Standards im Sozial- und Umweltbereich, beim Datenschutz oder bei der Lebensmittelsicherheit in die Welt zu exportieren.

Europa war schon immer ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Doch seit dem vergangenen Jahr stelle ich fest, dass Partner aus der ganzen Welt Schlange stehen, um Handelsabkom-

men mit uns abzuschließen.

Mit Hilfe dieses Parlaments haben wir gerade ein solches Abkommen mit Kanada besiegelt, das ab kommender Woche vorläufig angewandt wird. Mit Japan haben wir eine politische Einigung über eine künftige Wirtschaftspartnerschaft erzielt. Und die Zeichen stehen gut, dass wir dies bis Ende des Jahres auch mit Mexiko und verschiedenen südamerikanischen Ländern erreichen können.

Heute schlagen wir vor, Verhandlungen über Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland aufzunehmen.

Ich möchte, dass all diese Abkommen bis zum Ende dieser Amtszeit abgeschlossen werden. Und ich möchte, dass die Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz geführt werden. Offener Handel muss Hand in Hand gehen mit einem transparenteren politischen Entscheidungsprozess.

Das Europäische Parlament wird bei allen Handelsabkommen das letzte Wort haben. Die Europaabgeordneten – ebenso wie die der nationalen und regionalen Parlamente – müssen vom ersten Tag der Verhandlungen an umfassend informiert sein. Dafür wird die Kommission sorgen.

Künftig veröffentlicht die Kommission Entwürfe der Verhandlungsmandate, die dem Rat vorgelegt werden, in vollem Umfang.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, was die Kommission vorschlägt. Schluss mit der Intransparenz, Schluss mit den Gerüchten und den Unterstellungen, die der Kommission immer wieder gemacht werden.

Ich fordere den Rat auf, ebenso zu handeln und die endgültigen Verhandlungsmandate zu veröffentlichen.

Lassen Sie es mich ein für alle Mal sagen: Wir sind keine naiven Freihändler.

Europa muss immer seine strategischen Interessen verteidigen.

Deshalb schlagen wir heute einen neuen Europäischen Rahmen zur Überprüfung von Investitionen vor, ein „Investment Screening“, wie es so schön auf Englisch heißt. Wenn ein ausländisches Staatsunternehmen die Absicht hat, einen europäischen Hafen, einen Teil unserer Energie-Infrastruktur oder ein Unternehmen im Bereich der Verteidigungstechnologie zu übernehmen, dann sollte dies in aller Transparenz

sowie nach eingehender Prüfung und Debatte geschehen. Es ist eine Frage der politischen Verantwortung, dass wir wissen, was vor unserer eigenen Haustür passiert, sodass wir unsere kollektive Sicherheit schützen können, wenn es sein muss.

Zweitens möchte die Kommission unsere Wirtschaft stärker und wettbewerbsfähiger machen.

Dies gilt insbesondere für den Produktionsstandort Europa und die derzeit 32 Millionen Arbeitskräfte, die das Rückgrat dieses Standortes bilden. Sie schaffen die Weltklasse-Produkte, denen wir unseren Vorsprung im Vergleich zu anderen verdanken, beispielsweise unsere Autos.

Ich bin stolz auf unsere Automobilindustrie. Doch ich bin schockiert, wenn Kunden und Verbraucher wissentlich und absichtlich hinters Licht geführt werden. Ich fordere die Automobilindustrie auf dies wiedergutzumachen und ihren Kurs zu korrigieren. Statt zu täuschen und in die Irre zu führen, sollten die Autobauer in die sauberen Autos von morgen investieren. Meine Damen und Herren, die Kommission hat heute eine neue Strategie für die europäische Industriepolitik beschlossen, sodass unsere Unternehmen in puncto Innovation, Digitalisierung und Verringerung der CO₂-Emissionen weltweit die Nummer eins bleiben oder werden.

Drittens möchte ich, dass Europa führend ist, wenn es darum geht, den Klimawandel zu bekämpfen.

Im vergangenen Jahr haben wir mit dem Pariser Klimaschutzabkommen, das hier in diesem Hause ratifiziert wurde, die globalen Spielregeln gesetzt. Da die Vereinigten Staaten ihren Ehrgeiz offenbar heruntergeschraubt haben, muss Europa dafür Sorge tragen, unsere Erde – die unteilbar Heimat aller Menschen ist – wieder großartig zu machen.

Die Kommission wird in Kürze einen Vorschlag zur Senkung der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor vorlegen.

Vierte Priorität für das kommende Jahr: Ich

möchte, dass wir die Europäerinnen und Europäer im digitalen Zeitalter besser schützen. In den vergangenen Jahren haben wir die Online-Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger deutlich verbessert. Die Kommission hat neue Vorschriften auf den Weg gebracht, um unser geistiges Eigentum, unsere kulturelle Vielfalt und unsere personenbezogenen Daten zu schützen. Wir bekämpfen verstärkt terroristische Propaganda und Radikalisierung im Internet. Was Cyberangriffe angeht, ist Europa allerdings noch nicht gut genug gerüstet.

Cyberangriffe können unter Umständen gefährlicher sein für die Stabilität von Staaten und Unternehmen als Panzer und Gewehre. Allein im vergangenen Jahr wurden täglich mehr als 4000 Angriffe mit Schadprogrammen verzeichnet, und in 80 Prozent aller europäischen Unternehmen kam es zu mindestens einem Cybersicherheitsvorfall.

Cyberangriffe kennen keine Grenzen, und keiner ist immun. Deshalb schlägt die Kommission heute neue Instrumente und eine neue Europäische Agentur für Cybersicherheit vor – diese soll uns in Zukunft besser vor solchen Angriffen schützen.

Fünftens: Die Migration muss auf unserem Radarschirm bleiben

Obwohl die Fragen im Bereich Migration oft zu Debatten und Auseinandersetzungen geführt haben, haben wir in vielen Bereichen soliden Fortschritt gemacht – wenn auch noch nicht genug.

Wir schützen die Außengrenzen Europas mittlerweile wirksamer. Mehr als 1700 Beamte der neuen Grenz- und Küstenwache unterstützen nun die 100 000 nationalen Grenzschützer der Mitgliedstaaten und patrouillieren in Griechenland, Italien, Bulgarien und Spanien. Wir haben gemeinsame Grenzen, aber die Staaten, die wegen ihrer geografischen Lage die erste Anlaufstelle sind, dürfen nicht allein für den Grenzschutz verantwortlich sein. Gemeinsame Grenzen und gemeinsamer Grenzschutz gehören zusammen.

Es ist uns gelungen, die irregulären Ankünfte von Migranten, die Menschen in vielen Ländern Angst gemacht haben, in den Griff zu bekommen. Die Zahl der Geflüchteten, die über das östliche Mittelmeer kamen, haben wir

dank unseres Abkommens mit der Türkei um 97 Prozent gesenkt. Und in diesem Sommer haben wir die zentrale Mittelmeerroute besser unter Kontrolle gebracht. Im August kamen 81 Prozent weniger Menschen an als im gleichen Monat im Jahr zuvor.

So haben wir die Zahl der Todesfälle im Mittelmeer drastisch gesenkt.

Ich kann nicht über Migration sprechen, ohne Italien meinen tiefen Respekt für seinen unermüdlichen, großmütigen Einsatz zu zollen. In den Sommermonaten hat die Kommission ausgesprochen harmonisch mit dem Ministerpräsidenten Italiens, meinem Freund Paolo Gentiloni, und seiner Regierung zusammengearbeitet, um die Situation zu verbessern. Das haben wir getan, und wir werden es auch weiter tun, weil Italien im Mittelmeer die Ehre Europas rettet.

Wir müssen auch dringend die Lebensumstände der Flüchtlinge in Libyen verbessern. Ich bin schockiert von den unmenschlichen Bedingungen in Auffang- oder Aufnahmelagern. Europa hat hier eine Verantwortung, eine gemeinschaftliche Verantwortung. Und die Kommission wird in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen handeln, um dieser skandalösen Situation, die nicht länger andauern darf, ein Ende zu setzen.

Auch wenn es mich betrübt, dass die Solidarität nicht in all unseren Mitgliedstaaten gleich stark ausgeprägt ist, hat Europa als Ganzes weiterhin Solidarität gezeigt. Allein im vergangenen Jahr haben unsere Mitgliedstaaten mehr als 720 000 Flüchtlingen Asyl gewährt oder sie neu angesiedelt – drei Mal mehr als die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien zusammen. Europa ist – anders als viele behaupten – keine Festung und es darf niemals eine werden. Europa ist und bleibt der Kontinent der Solidarität, auf dem diejenigen Schutz finden, die vor Verfolgung geflohen sind. Besonders stolz bin ich auf die jungen Europäerinnen und Europäer, die sich freiwillig melden, um syrischen Flüchtlingen Sprachunterricht zu geben, und auf Tausende andere junge Menschen, die Teil unseres neuen Europäischen Solidaritätskorps sind. Diese jungen Menschen verleihen dem Grundsatz der europäischen Solidarität Leben und Farbe.

Doch jetzt müssen wir unsere Anstrengungen verdoppeln. Am Monatsende wird die Kommis-

sion neue Vorschläge präsentieren, bei denen der Schwerpunkt auf Rückführungen, Solidarität mit Afrika und legalen Einreisewegen liegt. Zum Thema Rückführungen: Hier möchte ich erneut betonen, dass Menschen, die kein Recht haben, in Europa zu bleiben, in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssen. Angesichts der Tatsache, dass nur 36 Prozent der irregulären Migranten rückgeführt werden, wird klar, dass es hier verstärkter Anstrengungen bedarf. Dies ist die einzige Möglichkeit für Europa, sich solidarisch mit jenen Flüchtlingen zu zeigen, die wirklich schutzbedürftig sind. Wir können Solidarität nicht nur als innereuropäische Angelegenheit verstehen, sondern es geht auch um mehr Solidarität mit Afrika. Afrika ist ein erhabener Kontinent, ein Kontinent mit einer jungen Bevölkerung. Es ist die Wiege der Menschheit. Unser 2,7 Milliarden Euro schwerer EU-Treuhandfonds für Afrika schafft dort überall Beschäftigungsmöglichkeiten. Doch während der Großteil des Geldes aus dem EU-Haushalt stammt, haben all unsere Mitgliedstaaten zusammen gerade einmal 150 Millionen Euro beigesteuert. Momentan stößt der Fonds an seine Grenzen. Wir wissen, oder wir sollten wissen, wie gefährlich Geldnot werden kann: 2015 machten sich viele Flüchtlinge auf den Weg nach Europa, als und weil dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen das Geld ausging. Ich rufe alle Mitgliedstaaten auf, den Worten jetzt Taten folgen zu lassen und dafür zu sorgen, dass dem Treuhandfonds für Afrika nicht dasselbe Los droht. Das Risiko ist groß.

Wir werden auch daran arbeiten, legale Einreisemöglichkeiten zu eröffnen. Irreguläre Migration hört erst dann auf, wenn es eine echte Alternative zu lebensgefährlichen Reisen gibt. Wir haben fast 22 000 Flüchtlinge aus der Türkei, Jordanien und Libanon neu angesiedelt, und ich unterstütze den Aufruf des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, weitere 40 000 Flüchtlinge aus Libyen und den benachbarten Ländern neu anzusiedeln. Außerdem ist Europa ein alternder Kontinent, ein Grund mehr, weshalb wir unbedingt ein System der legalen Migration brauchen. Daher hat die Kommission Vorschläge gemacht, um Migranten den Zugang zur Blauen Karte zu erleichtern, und ich danke dem Parlament für

seine Unterstützung bei diesem Vorhaben.

SEGEL SETZEN

Sehr verehrter Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete,

ich habe nur einige wenige der Initiativen angesprochen, die wir in den kommenden 16 Monaten zum Abschluss bringen wollen und zum Abschluss bringen müssen. Doch dies allein reicht nicht aus, wenn wir die Herzen, ja auch die Köpfe, der Europäer zurückgewinnen wollen.

Jetzt ist es an der Zeit, die Strecke in Richtung Zukunft abzustecken.

Im März hat die Kommission ihr Weißbuch zur Zukunft Europas mit fünf Szenarien vorgelegt, wie Europa im Jahre 2025 aussehen könnte. Diese Szenarien wurden diskutiert – manchmal oberflächlich, sehr oft heftig – sie wurden analysiert und mitunter teilweise zerrissen. Dem ist auch gut so, weil genauso war es gedacht. Ich wollte einen Prozess in Gang bringen, in dem die Europäer selbst über ihren Weg in die Zukunft bestimmen.

Die Zukunft Europas kann man nicht – gewissermaßen von oben herab – diktieren. Solche Entscheidungen müssen auf einer demokratischen Debatte und – letztlich – auf breitem Konsens fußen. Dieses Haus hat aktive Beiträge zu dieser Debatte geleistet, wofür ich mich besonders bei den Berichterstattern bedanken möchte. Und ich möchte mich auch bei den Kollegen bedanken, die an den mehr als 2000 öffentlichen Konsultations-Veranstaltungen teilgenommen haben, welche die Kommission seit März überall in Europa organisiert hat. Jetzt ist es an der Zeit, die ersten Schlussfolgerungen aus dieser Debatte zu ziehen. Es ist an der Zeit, den nächsten Schritt zu machen: vom Nachdenken zum Handeln, von der Debatte zur Entscheidung.

Heute möchte ich Ihnen meine Sicht der Dinge vorstellen: mein – wenn Sie so wollen – persönliches „sechstes Szenario“.

Dieses Szenario beruht auf jahrzehntelangen persönlichen Erfahrungen. Mein ganzes Leben lang habe ich das europäische Projekt gelebt,

und dafür gekämpft, und dafür gearbeitet. Ich habe gute Zeiten gesehen, aber auch schlechte Zeiten erlebt.

Ich habe an vielen Seiten des Verhandlungstisches gesessen – als Minister, als Premierminister, als Präsident der Euro-Gruppe und nun als Kommissionspräsident. Ich war in Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon dabei, als sich unsere Union weiterentwickelt und erweitert hat.

Ich habe stets für Europa gekämpft. Manchmal auch an Europa gelitten und an Europa verzweifelt.

Ich bin mit der Europäischen Union durch dick und dünn gegangen – und nie habe ich meine Liebe zu Europa verloren.

Es gibt, wie wir wissen, keine Liebe ohne Enttäuschungen, jedenfalls sehr selten.

Ja, Liebe zu Europa, weil Europa und die Europäische Union in dieser zerklüfteten Welt Einmaliges erreicht haben: Frieden nach innen und Frieden nach außen. Wohlstand, wenn auch nicht für alle, so doch für viele.

Daran sollten wir 2018 aus Anlass des europäischen Jahres des Kulturerbes denken. 2018 muss ein Fest der kulturellen Vielfalt werden.

EINE UNION DER WERTE

Die Wertegebundenheit Europas gibt uns ein sicheres Zuhause.

Für mich ist Europa mehr als Binnenmarkt, Geld, Währung, Euro. Es geht immer vorrangig um Werte.

Mein Szenario 6. geht deshalb von drei Grundprinzipien aus, drei unverrückbaren Grundprinzipien:

**Freiheit,
Gleichberechtigung,
Rechtsstaatlichkeit.**

Europa ist zunächst eine Union der Freiheit.

Damit meine ich die Freiheit von Unterdrückung und Diktatur – Phänomene, die unser Kontinent, vor allem die Länder Mittel- und Osteuropas leider allzu gut kennen. Ich meine die Freiheit, die eigene Meinung zu sagen, als Bürger und als Journalist – eine Freiheit, die

wir allzu oft als Selbstverständlichkeit empfinden. Auf diesen Freiheitswerten wurde unsere Union aufgebaut. doch Freiheit fällt nicht vom Himmel. Wir müssen für sie kämpfen. In Europa und in der Welt.

Europa muss eine Union der Gleichberechtigung und der Gleichberechtigten sein.

Das bedeutet Gleichberechtigung ihrer Mitglieder – ob groß oder klein, ob im Osten oder im Westen, ob im Norden oder im Süden.

Europa reicht von Vigo bis Varna, von Spanien bis nach Bulgarien.

Europa muss mit beiden Lungenflügeln atmen, mit dem östlichen und dem westlichen. Ansonsten unser Kontinent in Atemnot gerät.

In einer Union der Gleichberechtigten kann es keine Bürger zweiter Klasse geben. Es ist nicht hinnehmbar, dass auch 2017 noch Kinder an Krankheiten sterben, die in Europa schon längst ausgerottet sein müssten. Kinder in Rumänien oder Italien sollten gleichermaßen Zugang zu Masernimpfstoffen haben wie Kinder in anderen Ländern Europas. Ohne Wenn und Aber. Deshalb arbeiten wir mit allen Mitgliedstaaten zusammen, um ihre nationalen Impfmaßnahmen zu unterstützen. Vermeidbare Todesfälle darf es in Europa nicht geben.

In einer Union der Gleichberechtigten kann es keine Arbeitnehmer zweiter Klasse geben. Menschen, die die gleiche Arbeit am gleichen Ort verrichten, sollen das gleiche Gehalt bekommen. Diesem Ziel dienen die Kommissionsvorschläge zur Entsendung von Arbeitskräften. Wir sollten sicherstellen, dass alle EU-Vorschriften zur Mobilität von Arbeitskräften auf gerechte, einfache und wirksame Art und Weise durchgesetzt werden – und zwar mit Hilfe einer neuen europäischen Aufsichts- und Umsetzungsbehörde. Es ist absurd, dass eine Bankenaufsichtsbehörde darüber wacht, ob Bankenstandards eingehalten werden. Es ist absurd, dass es keine gemeinsame Arbeitsbehörde gibt, die für Fairness innerhalb des Binnenmarktes sorgt. Wir werden diese Behörde schaffen.

In einer Union der Gleichberechtigten kann es auch keine Verbraucher zweiter Klasse geben. Ich kann nicht akzeptieren, dass den Menschen in manchen Teilen Europas, vornehmlich in Mittel- und Osteuropa, qualitativ schlechtere Lebensmittel verkauft werden als in anderen, obwohl Verpackung und Markenkennzeich-

nung identisch sind. Slowaken haben nicht weniger Fisch in Fischstäbchen verdient, Ungarn nicht weniger Fleisch in Fleischgerichten oder Tschechen weniger Kakao in der Schokolade. Das EU-Recht verbietet solche Praktiken schon jetzt. Und nun müssen wir die nationalen Behörden mit umfassenderen Befugnissen ausstatten, sodass diese flächendeckend gegen diese, ja, illegalen Praktiken vorgehen können.

Drittens: In Europa ist die Stärke des Rechtes an die Stelle des Rechts des Stärkeren getreten.

Das bedeutet, dass Recht und Gesetz durch eine unabhängige Justiz gewahrt werden.

Teil einer Union zu sein, die auf Rechtsstaatlichkeit beruht, heißt auch, rechtskräftige Urteile zu akzeptieren und zu respektieren.

Unsere Mitgliedstaaten haben dem Europäischen Gerichtshof die Befugnis übertragen, in letzter Instanz zu entscheiden. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofes sind in allen Fällen zu respektieren. Sie nicht zu respektieren oder die Unabhängigkeit nationaler Gerichte zu untergraben, heißt, Bürgerinnen und Bürger ihrer Grundrechte zu berauben.

Rechtsstaatlichkeit ist in der Europäischen Union keine Option. Sie ist Pflicht.

Unsere Union ist kein Staat, aber sie muss ein Rechtsstaat sein.

EINE ENGER VEREINTE UNION

Diese drei Grundsätze – Freiheit, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit – müssen das Fundament bleiben, auf dem wir eine stärkere, enger vereinte und demokratischere Union aufbauen.

Wenn wir über die Zukunft reden, dann sagt mir meine Erfahrung, dass neue Verträge, neue Institutionen für die Menschen nicht die Antwort sind, nach der sie suchen. Sie sind lediglich Mittel zum Zweck, nicht mehr, nicht weniger. Für uns hier in Straßburg oder in Brüssel haben sie Bedeutung. Andernorts bedeuten sie nicht viel.

Ich bin an institutionellen Reformen nur interessiert, wenn sie zu mehr Effizienz der Europäischen Union führen.

Statt Zuflucht in künftigen Vertragsänderungen

– die irgendwann kommen müssen – zu suchen, müssen wir uns zunächst von der Vorstellung verabschieden, dass einige verlieren müssen, damit andere gewinnen können.

In der Demokratie geht es um Kompromisse.

Und die richtigen Kompromisse machen auf Dauer alle zu Gewinnern. In der Europäischen Union sind Kompromisse weder negativ noch obszön, sondern die Kunst, Gegensätze zu überbrücken und zueinander zu finden. Wer nicht kompromissfähig ist, ist weder demokratiefähig noch europatauglich.

Um ihre Einheit zu stärken, muss die Europäische Union auch inklusiver werden.

Wenn wir den Schutz unserer Außengrenzen zu Recht verstärken, und noch mehr verstärken wollen, dann müssen wir Rumänien und Bulgarien unverzüglich den Schengen-Raum öffnen. Im Übrigen sollten wir auch Kroatien die volle Schengen-Mitgliedschaft ermöglichen, sobald alle Kriterien erfüllt sind.

Wenn wir wollen, dass der Euro unseren Kontinent mehr eint als spaltet, dann sollte er mehr sein als die Währung einiger ausgewählter Länder. Der Euro ist dazu bestimmt, die einheitliche Währung der Europäischen Union als Ganzes zu sein. Alle außer zwei Mitgliedstaaten sind verpflichtet und berechtigt, dem Euro-Raum beizutreten, sobald sie die Bedingungen erfüllen.

Doch die Mitgliedstaaten, die dem Euroraum beitreten mochten, müssen dies auch tun können. Deshalb schlage ich die Schaffung eines Euro-Vorbeitrittsinstrumentes vor, das ihnen technische, manchmal auch finanzielle Heranführungshilfen bietet.

Wenn wir wollen, dass Banken überall auf unserem Kontinent nach denselben Regeln und unter derselben Aufsicht arbeiten, dann sollten wir alle Mitgliedstaaten ermutigen, der Bankenunion beizutreten. Dazu müssen wir die verbleibenden Risiken in den Bankensystemen mancher Mitgliedstaaten verringern. Die Bankenunion funktioniert nur, wenn die Begrenzung und das Teilen von Risiken Hand in Hand gehen. Um dies tun zu können, das weiß jeder, müssen Vorbedingungen erfüllt werden, so wie es die Kommission im November 2015 vorgeschlagen hat. Eine gemeinsame Einla-

gensicherung kann es erst dann geben, wenn jeder seine nationalen Hausaufgaben gemacht haben wird.

Und wenn wir der sozialen Fragmentierung und dem Sozialdumping in Europa ein Ende setzen wollen, sollten die Mitgliedstaaten sich so schnell wie möglich, und spätestens beim Göteborg-Gipfel im November, auf die europäische Säule sozialer Rechte einigen. Nationale Sozialsysteme werden noch lange unterschiedlich und eigenständig bleiben. Doch wir sollten uns zumindest auf eine Europäische Union der Sozialstandards verständigen, in der es einen Konsens darüber gibt, was in unserem Binnenmarkt sozial fair und was in unserem Binnenmarkt sozial unfair ist.

Ich bleibe davon überzeugt: Damit Europa gelingt, darf es den Arbeitnehmern nicht die kalte Schulter zeigen.

Wenn wir, meine Damen und Herren, mehr Stabilität in unserer Nachbarschaft wollen, dann müssen wir auch eine glaubhafte Erweiterungsperspektive für den westlichen Balkan aufrechterhalten.

Während dieses Kommissions- und Parlamentsmandates wird es keine neuen Mitglieder geben, weil die Beitrittsbedingungen nicht erfüllt werden können. Doch die Europäische Union wird in den darauffolgenden Jahren mehr als 27 Mitglieder zählen. Bei allen Beitrittsländern haben Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Grundwerte oberste Verhandlungspriorität.

Das schließt eine EU-Mitgliedschaft der Türkei in absehbarer Zeit aus.

Die Türkei entfernt sich seit geraumer Zeit mit Riesenschritten von der Europäischen Union. Journalisten gehören in Redaktionsstuben, in denen freie Meinungsäußerung gilt. Sie gehören nicht ins Gefängnis.

Ich appelliere heute an die Verantwortlichen in der Türkei: Lassen Sie unsere Journalisten frei, und nicht nur unsere. Hören Sie auf, unsere Mitgliedstaaten, Staats- und Regierungschefs als Faschisten und Nazis zu beschimpfen. Europa ist ein Kontinent reifer Demokratien. Wer aber bewusst beleidigt, verbaut sich Wege zu ihnen. Und manchmal habe ich den Eindruck, einige in der Türkei möchten sich bewusst Wege verbauen, um dann später die Europäische Union für das eventuelle Scheitern der

Beitrittsgespräche haftbar machen zu können. Von unserer Seite aus wird immer eine Hand ausgestreckt bleiben für das große türkische Volk und all diejenigen, die bereit sind, auf der Grundlage unserer Werte mit uns zusammenzuarbeiten.

EINE STÄRKERE UNION

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ich hätte gerne, dass unsere Union stärker wird, und deshalb müssen wir auch den Binnenmarkt stärken.

Ich möchte, dass wir in wichtigen Binnenmarktfragen öfter und einfacher im Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden unter gleichberechtigter Mitwirkung des Europäischen Parlamentes. Dazu brauchen wir keine Vertragsänderungen. Die derzeitigen Verträge enthalten sogenannte „Brückenkláuseln“, die es ermöglichen, in bestimmten Fällen – vorausgesetzt der Europäische Rat entscheidet dies einstimmig – mit qualifizierter Mehrheit statt einstimmig zu entscheiden.

Ich bin dafür, bei Beschlüssen über die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, über die Mehrwertsteuer, über eine faire Besteuerung der Digitalwirtschaft und über die Finanztransaktionssteuer die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit einzuführen.

Europa muss nämlich schneller und effizienter entscheiden können, und dies gilt auch in dem Bereich, der darauf abstellt, die Wirtschafts- und Währungsunion handlungsfähiger zu machen.

Der Euro-Raum ist heute widerstandsfähiger als noch vor Jahren. So haben wir unter anderem den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geschaffen. Ich denke, der ESM sollte nun schrittweise zu einem Europäischen Währungsfonds ausgebaut werden, der allerdings fest im Regel- und Kompetenzwerk der Europäischen Union verankert sein muss. Die Kommission wird hierzu im Dezember konkrete Vorschläge vorlegen.

Wir brauchen einen Europäischen Wirtschafts- und Finanzminister, einen europäischen Minister, der positive Strukturreformen in unseren Mitgliedstaaten fördert und unterstützt. Er wird

dabei auf der Arbeit aufbauen können, die die Kommission seit 2015 mit unserer Sondereinheit zur Unterstützung von Strukturreformen leistet. Der Europäische Wirtschafts- und Finanzminister soll alle Finanzierungsinstrumente der EU koordinieren, die in Bewegung gebracht werden müssen, wenn ein Mitgliedstaat von einer Rezession oder einer Fundamentalkrise betroffen wird.

Ich plädiere nicht für die Schaffung eines neuen Amtes. Ich plädiere aus Effizienzgründen dafür, dass der für Wirtschaft und Finanzen zuständige EU-Kommissar – idealerweise ein Vize-Präsident der Europäischen Kommission – mit dieser Aufgabe betraut und Vorsitzender der Eurogruppe wird.

Der Europäische Wirtschafts- und Finanzminister muss selbstverständlich dem Europäischen Parlament gegenüber Rechenschaft ablegen. Wir brauchen keine Parallelstrukturen. Wir benötigen deshalb keinen separaten Euro-Haushalt, sondern eine starke Eurozonen-Budgetlinie im Rahmen unseres EU-Haushaltes.

Ich kann auch der Idee eines gesonderten Euro-Parlamentes wenig Reiz abgewinnen. Das Parlament des Euroraums ist dieses Europäische Parlament.

Die Europäische Union muss auch stärker bei der gemeinsamen Terrorbekämpfung werden. In den letzten drei Jahren sind wir zwar auch diesbezüglich ein großes Stück weitergekommen. Doch im Falle grenzübergreifender terroristischer Bedrohung reagieren wir nicht schnell genug.

Ich plädiere deshalb für die Schaffung einer europäischen Aufklärungseinheit, die sicherstellt, dass Daten über Terroristen und Auslandskämpfer automatisch zwischen unseren Nachrichten- und Polizeidiensten ausgetauscht werden.

Aus meiner Sicht spricht auch vieles dafür, die neu geschaffene Europäische Staatsanwaltschaft mit der Verfolgung von grenzüberschreitenden terroristischen Straftaten zu betrauen. Die Europäische Union muss sich auch um mehr Gewicht auf der Weltbühne bemühen. Um mehr Gewicht zu erlangen, muss sie außenpolitische Beschlüsse schneller fassen können. Deshalb bitte ich die Mitgliedstaaten zu prüfen, welche außenpolitischen Beschlüsse nicht mehr einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden können. Der

Vertrag lässt dies zu, wenn denn der Europäische Rat dies einstimmig beschließt. Wir brauchen auch in der Außenpolitik Mehrheitsentscheidungen, um effizient arbeiten zu können. Im Verteidigungsbereich sind weitere Anstrengungen vonnöten. Die Schaffung eines europäischen Verteidigungsfonds steht auf der Tagesordnung; die Permanente Strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich ist auf gutem Weg. Bis 2025 brauchen wir eine funktionierende Europäische Verteidigungsunion. Wir brauchen sie. Und die NATO hätte sie gerne.

Nicht zuletzt möchte ich – in Weiterführung der Kommissionsbemühungen der letzten Jahre –, dass sich unsere Union stärker auf die wirklich wichtigen Dinge konzentriert.

Wir sollten die Bürger Europas nicht mit Regulations-Klein-Klein nerven, sondern in großen Dingen Größe zeigen, nicht pausenlos neue Initiativen vom Zaun brechen und Befugnisse, dort wo es sinnvoll ist, an die Nationalstaaten zurückgeben.

Deshalb hat diese Kommission versucht, in großen Dingen Größe zu zeigen und sich – und das hat sie getan – in kleinen Dingen zurückzuhalten. Sie hat weniger als 25 neue Initiativen pro Jahr vorgelegt, während es bei den Vorgänger-Kommissionen noch weit über 100 waren.

Um die begonnene Arbeit sinnvoll zu Ende zu führen, setzen wir noch in diesem Monat eine Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit ein. Der Erste Vizepräsident, mein Freund Frans Timmermans, der sich jetzt schon erfolgreich um bessere Rechtsetzung verdient gemacht hat, wird diese Task Force leiten. Dieser Timmermans-Task-Force werden auch Mitglieder dieses Parlamentes und der nationalen Parlamente angehören. In einem Jahr ist Bericht zu erstatten.

EINE DEMOKRATISCHERE UNION

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, unsere Union muss einen demokratischen Sprung nach vorn machen.

Bei den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament sollten die europäischen

Parteien früher mit dem Wahlkampf anfangen als bisher. Allzu oft war der Europawahlkampf nicht mehr als die Summe der nationalen Kampagnen. Die europäische Demokratie hat etwas Besseres verdient.

Deshalb schlägt die Kommission heute neue Regeln zur Finanzierung politischer Parteien und Stiftungen vor. Wir sollten nicht extremen anti-europäischen Gruppen die Kassen zu füllen, sondern vielmehr europäischen Parteien bessere Möglichkeiten geben, sich zu organisieren.

Ich halte auch transnationale Listen für die Europawahlen für eine gute Idee, auch wenn mir bewusst ist, dass einige von Ihnen damit nicht einverstanden sind. Und ich werde versuchen, auch den Vorsitzenden meiner Fraktion für dieses Vorhaben zu gewinnen, da dies Europa Demokratie und Klarheit bringen wird.

Ich bin zudem der Meinung, dass wir die nationalen Parlamente und die Zivilgesellschaft auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene in den kommenden Monaten an der Arbeit am Europa der Zukunft beteiligen sollten. In den vergangenen drei Jahren sind die Mitglieder der Kommission, wie versprochen, mehr als 650 Mal in den nationalen Parlamenten zu Gast gewesen. Ferner haben sie an über 300 interaktiven Bürgerdialogen in mehr als 80 Städten in 27 Mitgliedstaaten teilgenommen. Deshalb unterstütze ich die Idee von Präsident Macron, 2018 demokratische Konvente in allen Teilen Europas zu organisieren.

Ich werde mich selbstverständlich an dieser an Intensität zunehmenden Debatte beteiligen und dabei 2018 besonders Estland, Lettland, Litauen und Rumänien in den Blick nehmen. Diese Länder feiern im kommenden Jahr ihren hundertsten Geburtstag. Wer die Zukunft unseres Kontinents gestalten will, sollte unsere gemeinsame Geschichte gut verstehen und ehren. Das gilt auch für diese vier Länder – die Europäische Union wäre ohne sie nicht vollständig.

Der Bedarf an mehr Demokratie und Transparenz hat auch für die Europäische Kommission selbst Konsequenzen.

Heute lege ich dem Europäischen Parlament einen neuen Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder vor. Dieser neue Verhaltenskodex eröffnet erstens allen Kommissionsmitgliedern die Möglichkeit, als Kandidat bei den

Europawahlen anzutreten. Zweitens wird der neue Kodex natürlich die Integritätsanforderungen an Kommissionsmitglieder erhöhen, sowohl während ihres Mandats als auch danach.

Wenn wir die europäische Demokratie stärken wollen, dann dürfen wir den demokratischen Prozess des Spitzenkandidatensystems nicht rückgängig machen. Ich möchte, dass dieser Prozess wiederholt wird.

Mehr Demokratie heißt mehr Effizienz. Europa würde besser funktionieren, wenn wir das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates mit dem des Präsidenten der Europäischen Kommission verschmelzen könnten.

Dieser Vorstoß geht nicht gegen meinen guten Freund Donald, mit dem ich seit Beginn meines Mandats eng und reibungslos zusammengearbeitet habe. Er geht nicht gegen Donald oder mich.

Europa wäre leichter zu verstehen, wenn ein einziger Kapitän am Steuer wäre.

Wenn wir nur einen Präsidenten hätten, würde das einfach der wahren Natur unserer Europäischen Union besser gerecht werden, da diese sowohl eine Union der Staaten als auch der Bürger ist.

UNSER FAHRPLAN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Vision eines enger vereinten, stärkeren und demokratischeren Europas, die ich hier skizziere, vereint Elemente der fünf Szenarien, die ich Ihnen im März vorgestellt habe.

Unsere Zukunft darf jedoch nicht ein einfaches Szenario, ein Entwurf oder eine Idee unter vielen bleiben.

Wir müssen heute die Union von morgen vorbereiten.

Heute Morgen habe ich den Präsidenten Tajani und Tusk sowie den künftigen Vorsitzenden der rotierenden Ratspräsidentschaft zwischen jetzt und März 2019 einen Fahrplan mit den künftigen Weichenstellungen vorgelegt.

Ein wichtiger Teil dieses Fahrplans werden die Haushaltspläne sein, die die Kommission im

Mai 2018 vorlegen wird. Auch hier haben wir die Wahl: Entweder verfolgen wir die Zielsetzungen der Europäischen Union innerhalb der strengen Rahmenbedingungen des bestehenden Haushalts, oder wir vergrößern die Haushaltskapazität der Europäischen Union, sodass sie ihre Ziele besser erreichen könnte. Ich plädiere für die zweite Option.

Am 29. März 2019 wird das Vereinigte Königreich die Europäische Union verlassen. Das wird ein trauriger und zugleich tragischer Moment sein, den wir immer bedauern werden. Doch wir müssen den Willen des britischen Volkes respektieren. Wir werden unseren Weg weitergehen, wir müssen ihn weitergehen, denn der Brexit ist nicht alles. Der Brexit ist nicht die Zukunft Europas.

Am 30. März 2019 werden wir somit eine Union der 27 sein. Wir sollten uns auf diesen Moment gut vorbereiten, unter den 27 und innerhalb der EU-Institutionen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden ein paar Wochen später statt, im Mai 2019. Nur wenige Wochen später haben die Europäer also ein Rendezvous mit der Demokratie. Sie haben Anspruch darauf zu wissen, wie sich die Europäische Union in den kommenden Jahren entwickeln wird, wenn sie zur Wahlurne schreiten, um ihre Stimme abzugeben.

Deshalb appelliere ich an Präsident Tusk und an Rumänien, das in der ersten Jahreshälfte 2019 den Ratsvorsitz innehaben wird, am 30. März 2019 einen Sondergipfel einzuberufen. Mein Wunsch ist, dass dieser Gipfel in der schönen Stadt Sibiu stattfindet, die auch als Hermannstadt bekannt ist. Das wäre der Moment, um gemeinsam die Beschlüsse zu fassen, die für ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa notwendig sind. Meine Hoffnung ist, dass die Europäerinnen und Europäer am 30. März 2019 in einer Union aufwachen, in der wir für alle unsere Werte stehen. In der alle Mitgliedstaaten die Rechtsstaatlichkeit respektieren, ausnahmslos. In der es für alle die Norm ist, Mitglied des Euroraums, der Bankenunion und des Schengen-Raums zu sein.

In der wir die Grundlagen für unsere Wirtschafts- und Währungsunion so gefestigt haben, dass wir Europäer unsere Gemeinschaftswährung in guten und in schlechten Zeiten

verteidigen können, ohne Hilfe von außen zu suchen. In der unser Binnenmarkt gegenüber Arbeitnehmern aus dem Osten und dem Westen fairer ist.

Ich möchte, dass die Europäerinnen und Europäer in einer Union aufwachen, in der wir es geschafft haben, uns auf eine starke Säule an Sozialstandards zu einigen. In der Gewinne dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet wurden. In der Terroristen keine Schlupflöcher haben. In einer Union, die sich auf eine echte europäische Verteidigungsunion geeinigt hat. In der letztendlich nur ein Präsident die Arbeit der Kommission und des Europäischen Rates leitet, der nach einem europaweiten demokratischen Wahlkampf gewählt wurde.

Herr Präsident, wenn unsere Bürgerinnen und Bürger am 30. März 2019 in dieser Union aufwachen, dann wird sie eine Europäische Union sein, die ihre legitimen Erwartungen erfüllen kann.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Europa ist nicht dafür gemacht stillzustehen – das darf nie passieren.

Helmut Kohl und Jacques Delors, mit denen ich zusammenarbeiten durfte, haben mich

gelehrt, dass Europa nur mit Mut vorankommt. Der Binnenmarkt, Schengen und die einheitliche Währung: all diese Ideen galten als Luftschlösser, bevor sie tatsächlich Wirklichkeit wurden. Und doch sind diese drei ehrgeizigen Projekte jetzt Teil unserer Realität.

Jetzt, wo es Europa besser geht, sagt man mir, ich solle das Schiff nicht zum Wanken bringen. Doch jetzt ist nicht die Zeit für Vorsicht.

Wir haben damit begonnen, das europäische Dach zu reparieren. Heute und morgen müssen jedoch auch geduldig neue Etagen im europäischen Haus ausbauen – eine Etage nach der anderen, einen Moment nach dem anderen, eine Inspiration nach der anderen.

Wir müssen das europäische Haus jetzt fertigstellen, da die Sonne scheint – und solange sie scheint.

**Denn wenn die nächsten Wolken am Horizont auftauchen, und sie werden eines Tages auftauchen, wird es zu spät sein.
Lasst uns die Leinen losmachen,
die Segel setzen,
und jetzt den günstigen Wind nutzen.**